



FÜR EIN BESSERES EUROPA FÜR BESCHÄFTIGTE NACH DER EUROPAWAHL

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON DGB, OPZZ, NSS "SOLIDARNOŚĆ", FZZ
9./10. APRIL 2019 IN WARSCHAU

Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel. Die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament entscheidet über die grundlegende Richtung der Europäischen Union. Populistische, antieuropäische Parteien könnten genug Unterstützung finden, um eine signifikante politische Gruppe im nächsten EU-Parlament zu werden. Dies könnte eine ernstzunehmende Bedrohung für demokratische Werte, die EU-Institutionen und das europäische Sozialmodell bedeuten. Das Modell, das über Generationen darauf ausgerichtet war, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Europäerinnen und Europäer zu verbessern.

Wir verurteilen politische Bewegungen, die Zwietracht und Hass in die europäische Politik transportieren und die Grundrechte, auf denen die EU erbaut ist, nicht achten.

Wir fordern einen politischen Kurswechsel der EU. Die immer schnellere Globalisierung, Digitalisierung und der Wandel hin zu einer nachhaltigen, CO₂-armen Wirtschaft erfordern eine Stärkung sozial orientierter Parteien. Kein Mitgliedsstaat ist in der Lage, diese großen Transformationen alleine zu bewältigen. Deshalb brauchen wir in der EU ein sozial orientiertes Parlament und Institutionen, die sich diesen Herausforderungen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten stellen können.



Viele Jahre hat die EU-Politik in sozialen Fragen auf dem Prinzip der Alternativlosigkeit beharrt und die großen sozioökonomischen Probleme sowie die Angst vor sozialem Abstieg und Ausschluss vernachlässigt. Zwischen Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten ist ein Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards und Steuern ausgebrochen, anstatt sich um eine soziale Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt zu bemühen – Ziele des Europäischen Binnenmarktes, die in den Europäischen Verträgen verankert sind. Zweifellos hat dieser Ansatz zu wachsendem Populismus und antieuropäischen Ressentiments der EU-Bürgerinnen und -Bürger beigetragen. Wir müssen uns dringend von diesem Narrativ trennen und auf einen anderen Ansatz konzentrieren; einen am Menschen orientierten Ansatz mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen und das Wohl der Bevölkerung der EU zu verbessern. Wir brauchen den politischen Willen und die Ambition, die Gründungsversprechen der Europäischen Verträge von Wohlstand und Stabilität für alle zu erfüllen. Mehr denn je benötigen wir ein soziales Europa, denn einzig ein soziales Europa kann Europa gegen die Herausforderungen von Globalisierung und Populismus stark und widerstandsfähig machen.

Wir fordern all unsere Mitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger dringend dazu auf, an der Europawahl teilzunehmen und für sozial orientierte und europafreundliche Parteien zu stimmen.

Wir erwarten von den zukünftig gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien zu vertreten.

Dafür fordern wir:

1. Eine effektive Umsetzung der Prinzipien der Europäischen Säule sozialer Rechte durch weitere Gesetzgebungsinitiativen auf EU- und nationaler Ebene sowie die Bereitstellung angemessener Finanzmittel im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) der EU;



2. Eine Rahmenrichtlinie für Europäische Mindestlöhne in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianeinkommens oder 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, je nachdem, was im jeweiligen Mitgliedsstaat höher ist;
3. Die Stärkung der Tarifverhandlungssysteme und ihrer Vereinbarungen in den EU-Mitgliedsstaaten und die Stärkung der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;
4. Maßnahmen zur Förderung der Lohnangleichung nach oben (Aufwärtskonvergenz), unter anderem eine soziale Fortschrittsklausel zur Verankerung des Primats sozialer Grundrechte über die wirtschaftlichen Freiheiten in den EU-Verträgen;
5. Eine/n Europäische/n Arbeitsminister/in in der nächsten EU-Kommission, mit der Aufgabe, grenzüberschreitendes Lohndumping zu bekämpfen, unterstützt von der Europäischen Arbeitsbehörde und dem Europäischen Gerichtshof zum Schutz von Arbeits- und Sozialstandards;
6. Die Einhaltung des Prinzips von „Just Transitions“ (gerechte Übergänge) um von Digitalisierung und Klimawandel betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien zu schützen;
7. die Umsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU.